

Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Kein Atomwaffentest-Stopp

Mit der Weigerung Indiens, den Vertrag über einen Atomwaffenteststopp zu unterzeichnen, endete die Abrüstungskonferenz in Genf. Trotz der scharfen Kritik, der Indien sich nun international ausgesetzt sieht, ist nicht zu erwarten, daß Delhi seine Haltung aufgeben wird, wenn Ende Juli die Verhandlungen in Genf wieder aufgenommen werden. In Indien scheint es einen breiten öffentlichen Konsens darüber zu geben, daß Indien sich seine nuklearen Optionen offenhalten sollte und daß der Vertrag in seiner jetzigen Form nicht unterzeichnet werden sollte. Auch die neue Mitte-Links-Regierung in Delhi hat diese Entscheidung begrüßt. Unter Politikern von V.P. Singh bis George Fernandes, zwischen allen Parteien von der CPM bis zur BJP, besteht offenbar Einigkeit darüber, daß Indien auch weiterhin seine Unterschrift unter den Vertrag verweigern solle.

Nur wenige Kommentatoren weisen auf die Widersprüche in der indischen Atomwaffenpolitik hin und halten Indiens Weigerung, den Vertrag zu unterzeichnen, für einen Fehler.

Noch im März hatte der damalige indische Außenstaatssekretär Salman Haider auf der Abrüstungskonferenz geäußert, Indien glaube nicht, "daß der Erwerb und die Entwicklung von Nuklearwaffen zur Wahrung der nationalen Sicherheit notwendig ist". Drei Monate später rechtfertigte die indische UN-Botschafterin in Genf die indische Ablehnung des Vertrages mit den Worten: "Indien kann keinerlei Einschränkung seiner nuklearen Möglichkeiten akzeptieren, wenn andere Länder weiterhin unwillig sind, sich auf einen Abbau ihrer Atomwaffenarsenale zu verständigen."

Wie stark die indische Öffentlichkeit diese Haltung unterstützt und abweichende Meinungen kaum zuläßt, wird deutlich an einer Anmerkung des Herausgebers des Nachrichtenmagazins 'Frontline' zu einem Kommentar des Kolumnisten Praful Bidwai: "Frontline schätzt die Argumente Bidwais, mit denen er einen Beitritt Indiens zum Atomwaffenteststopp befürwortet, als falsch ein. Wir veröffentlichen seine Analyse jedoch im Interesse der Ausgewogenheit." - eine recht ungewöhnliche Stellungnahme zu einer Kolumne, von der eigentlich klar sein sollte, daß sie nur die Meinung des Kolumnisten widerspiegelt. In seiner Kolumne greift

Bidwai in scharfer Form die indische 'Bombenlobby' an, die den indischen Schritt begrüßt und rechtfertigt. Darauf verweisend, daß Indien schon in den 1950-er Jahren einen solchen Vertrag forderte, argumentiert Bidwai, daß der Beitritt Indiens zu dem Vertrag weder die indischen Sicherheitsinteressen noch seine nuklearen Optionen einschränke. Die zum Beispiel aus dem 'Institute for Defence Studies' in Delhi vorgetragenen Argumente für die indische Haltung hält Bidwai für wenig überzeugend und weist sie als unwahr zurück.

Doch kaum jemand scheint bereit zu sein, sich auch nur auf eine Diskussion der indischen Rolle und Haltung in Genf einzulassen. Die nukleare Aufrüstung Indiens ist ein Thema, das sehr emotional und mit viel Nationalstolz diskutiert wird. Vielleicht wird der Besitz und die Entwicklung von Atomwaffen so vehement verteidigt, weil man damit international zu den Großen gehört, nicht zu den armen, unterentwickelten Versagern, die in der Weltpolitik nichts zu sagen haben. "Wenn die Amerikaner, die Russen und Franzosen, die Chinesen und andere Länder nicht nur Atomwaffen besitzen, sondern diese auch weiterentwickeln, warum dann nicht auch wir Inder?", so die wohl am weitesten verbreitete Einstellung in der indischen Öffentlichkeit. Vielleicht kann man ja durch seine kompromißlose Haltung in Bezug auf den Teststopp dem so begehrten Sitz im Sicherheitsrat einen Schritt näher kommen, nach dem Motto: wenn wir für unser Anliegen internationale Unterstützung erhalten, könnten wir einem Kompromißvertrag möglicherweise zustimmen. Sicherlich sind dies nur Spekulationen, doch K. Subramaniam, der ehemalige Direktor des 'Institute for Defence Studies' und dessen Nachfolger, Jasjit Singh, lassen keinen Zweifel daran, daß eine solche ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der internationalen Bedeutung Indiens angemessen wäre.

Betrugsaffäre um Raos Sohn

Schon wieder wird das politische Establishment in Neu Delhi von einem Finanz- und Betrugsskandal erschüttert. Und wieder einmal soll das Büro des Premierministers die darin verwickelten Personen vor unliebsamen Nachforschungen durch das 'Central Bureau of Investigation' (CBI) geschützt haben: als einer der Hauptverdächtigen und Draht-

zieher des Betrages gilt ein Sohn von Ex-Premier Narasimha Rao. Verhaftet wurden bisher fünf Verdächtige, darunter der Sohn des ehemaligen Ministers Ram Lakhan Singh Yadav. Um was geht es? Im November vergangenen Jahres schlossen der staatliche Düngemittelproduzent 'National Fertiliser Limited' (NFL) und das türkische Unternehmen 'Karsan' einen Liefervertrag über 200.000 Tonnen Harnstoff, einem wichtigen Rohstoff für die Kunstdüngerproduktion. Bis heute ist nicht bekannt, wie dieser Vertrag zustande gekommen und auf welchem Weg die Importgenehmigung erteilt worden ist. Der Vertrag sah vor, daß NFL den gesamten Betrag von 1,3 Milliarden Rupien im Voraus zu zahlen hatte. Daß hinter diesem Vertrag Betrugsabsichten standen, deutet sich an in der Tatsache, daß 'Karsan' bis dahin noch niemals als Harnstofflieferant aufgetreten war und in der Türkei als Reisebüro registriert ist. Die Verantwortlichen bei der NFL hätten auch über den angebotenen Preis stutzig werden müssen, der mit 190 US-Dollar pro Tonne um 50 US-Dollar unter dem Weltmarktpreis lag. Trotz dieser und anderer Ungereimtheiten wies das Staatsunternehmen kurz nach Vertragsabschluß die Zahlung von 38 Millionen US-Dollar an das türkische Unternehmen an, ohne die hierfür notwendige Genehmigung der indischen Zentralbank abzuwarten. Bis heute wartet NFL auf die Harnstofflieferung und der Verbleib der Dollarmillionen ist ungeklärt. Trotz der sich verdichtenden Hinweise auf einen Betrug, begann das 'Central Bureau of Investigation' (CBI) erst Ende Mai diesen Jahres mit der Untersuchung des Falles - lange nachdem Rao sein Amt als Premierminister abgegeben hatte und genau an dem Tag, als Atal Behari Vajpayee seinen Rücktritt verkündete. Da es offenbar Bankbelege gibt, die beweisen, daß Prabhakar Rao, ein Sohn des ehemaligen Premierministers, in den Fall verwickelt ist, wird vermutet, daß das CBI auf Anweisung aus dem Büro des Premierministers nicht eher tätig geworden ist.

Verhaftungen in Tamil Nadu

Kaum war in Tamil Nadu der Regierungswechsel vollzogen, sind die Strafverfolgungsbehörden aktiv geworden und haben eine Reihe prominenter Politiker, Verwaltungsbeamte und andere hochstehende Persönlichkeiten verhaf-

tet. Darunter befinden sich Ex-Minister S.D. Somasundaran, A.N. Dyaneswaran, ein Spitzenbeamter des 'Indian Administrative Service' und die jahrelange enge Vertraute der Ex-Ministerpräsidentin Jayalalitha, Frau Sasikala. Ihr werden Devisenbetrügereien in Millionenhöhe vorgeworfen. Bis zu ihrer Verhaftung hatte Sasikala alle Vorladungen ignoriert, in denen sie seit mehr als acht Monaten wiederholt aufgefordert worden war, Stellungnahmen über mehrere Devisengeschäfte abzugeben, an denen sie oder Familienangehörige verwickelt gewesen sein sollen.

Auch Jayalalitha selbst scheint zunehmend ins Visier der Behörden zu rücken. So hat ein Richter des Gerichtshofes von Madras die Polizei aufgefordert, Ermittlungen aufzunehmen und das Einkommen und Vermögen der ehemaligen Regierungschefin zu überprüfen. In einer gegen sie vorliegenden Anzeige heißt es, ihre Vermögensverhältnisse seien durch das von ihr offiziell bezogene Einkommen von einer Rupie pro Monat nicht zu erklären. Auf eine parlamentarische Anfrage hatte Jayalalitha angegeben, 1989/90 habe sie über keinerlei Vermögen verfügt, 1990/91 habe es schon 18 Millionen betragen und 1992/93 sei ihr Vermögen auf 58 Millionen Rupien angestiegen.

ULFA will Verhandlungen

Die gefürchtete Untergrundorganisation 'United Liberation Front of Assam' (ULFA), die für ein unabhängiges Assam

kämpft, hat sich für Friedensgespräche mit Indien ausgesprochen, sofern diese außerhalb Indiens stattfinden. Der selbsternannte "Außenminister" der ULFA, Sasadhar Choudhury, der kurz nach der Regierungsübernahme durch die 'Ahom Gana Parishad' (AGP) Ende Mai auf Kautions aus der Haft entlassen wurde, machte klar, daß es bei diesen Verhandlungen um nichts weniger gehen könne, als um die volle Souveränität Assams.

Kampf gegen Kinderprostitution

Die indische nationale Menschenrechtskommission hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Kinderprostitution entwickeln soll. Neben Vertretern der Menschenrechtskommission gehören der Gruppe Mitarbeiter des Frauenministeriums und UNICEF-Vertreter an, sowie einige NGOs, die sich seit längerem dem Problem der Kinderprostitution widmen. Bei einem ersten Treffen dieser Gruppe Anfang Mai wurden Sofortmaßnahmen diskutiert. Die Gruppe fordert als einen ersten wichtigen Schritt die Anwendung der existierenden Gesetze. Beklagt wurde ein mangelndes Problembewußtsein bei den verantwortlichen Polizeidienststellen und deren mögliche Verbindungen zur Unterwelt, die dazu führten, daß Fälle von Kinderprostitution nicht verfolgt würden.

Die Nationale Frauenkommission will das Problem der Kinderprostitution zu einem Hauptthema ihrer öffentlichen

Anhörungen machen, um das Problembewußtsein der Öffentlichkeit zu schärfen. Als besonders wichtig wird die Verbesserung der Schul- und Ausbildungssituation insbesondere für Mädchen angesehen, um das Problem langfristig zu bekämpfen. Rehabilitationsmaßnahmen für Kinder, die aus den Händen ihrer Zuhälter befreit werden konnten, und deren psychologische Betreuung sollen verbessert werden, um zu gewährleisten, daß diese Kinder langfristig ein normales Leben führen können. Die Menschenrechtskommission fordert eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Nepal und Bangladesh, um den Handel mit Mädchen aus diesen Ländern zu unterbinden. Es wird geschätzt, daß jedes Jahr zwischen 5.000 und 7.000 nepalesische Mädchen im Alter von zehn bis vierzehn Jahren nach Indien geschmuggelt werden, um dann in den Bordellen Bombays und Kalkuttas zu "arbeiten". Es wird geschätzt, daß etwa 30 Prozent aller in den sechs großen Städten des Landes tätigen Prostituierten jünger als 20 Jahre sind. Im Gegensatz zu anderen Ländern, entstehe die Nachfrage nach Kinderprostituierten nicht durch ausländische Sextouristen, sondern werde vor allem durch einheimische "Kunden" hervergerufen.

300.000 Mädchen sterben jährlich

Ein Drittel der etwa 12 Millionen Mädchen, die jedes Jahr in Indien geboren werden, sterben, bevor sie das 15. Lebensjahr erreichen. Diese erschreckenden Zahlen sind einem Bericht des Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF zu entnehmen, der vor kurzem vorgestellt wurde. Die überhohe Sterblichkeitsquote bei Mädchen führt dazu, daß in der Altersgruppe bis sechs Jahre der Anteil der Mädchen bei 945 pro 1.000 Jungen liegt.

Altersspezifische Statistiken belegen, daß bis zu einem Alter von 35 Jahren die Sterblichkeitsrate für Frauen und Mädchen in jeder Altersstufe größer ist, als für Jungen und Männer. Eine wichtige Rolle für die Höhe der Sterblichkeitsrate spielen Religion, Kastenzugehörigkeit und Einkommenssituation. Danach ist die Lebenserwartung von Frauen im allgemeinen um so geringer, je niedriger der gesellschaftliche Status der Frauen ist. In Uttar Pradesh hat ein Mädchen bei der Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von 54, in Kerala sind es dagegen 74 Jahre. In 18 indischen Bundesstaaten liegt der Bevölkerungsanteil der Männer um bis zu 13 Prozent über dem der Frauen. Während im gesamtindischen Durchschnitt der Frauenanteil bei 924 pro 1.000 Männer liegt, sind es bei den Scheduled



Bis zu einem Alter von 35 Jahren ist die Sterblichkeitsrate für Frauen und Mädchen in jeder Altersstufe größer als für Jungen und Männer (Foto: Walter Keller)

Castes 922 und bei den Scheduled Tribes 972.

'Lufthansa' kündigt Vertrag

Die deutsche 'Lufthansa' hat Ende Mai ein sofortiges Ende aller ihrer Geschäftsbeziehungen mit der privaten indischen Fluggesellschaft 'ModiLuft' gekündigt. Als Grund gab das Unternehmen an, 'ModiLuft' sei seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen und schulde der 'Lufthansa' mehrere Millionen Mark. "Finanzielle Spannungen zwischen den beiden Unternehmen, die aus dem nicht international akzeptierten Normen entsprechenden Finanzgebaren 'ModiLufts' resultieren, lassen uns keine andere Wahl, als diesen Schritt zu unternehmen", so ein Vertreter der deutschen Fluglinie. Mit der Aufkündigung der Zusammenarbeit gibt 'Lufthansa' jedoch nicht den indischen Markt auf. Wie aus Unternehmenskreisen verlautete, sucht der deutsche Flugkonzern nach neuen Partnern im indischen Markt. Zunächst will sich Lufthansa jedoch auf das Frachtgeschäft in Indien konzentrieren, wo das Unternehmen führend ist.

Geringes deutsches Engagement

Von den gesamten deutschen Auslandsinvestitionen von über 50 Milliarden DM, flossen nur knapp 100 Millionen DM nach Indien. Diese Zahl nannte eine Beraterin vom "Indisch-Deutschen Investitionsförderungsdienst" auf einem Seminar in Pune. Dies sei ein wenig beunruhigend, da deutsche Unternehmen offenbar das zukünftige Marktpotential in der Region noch nicht erkannt haben. In der Risikoeinschätzung durch die DEG liegt Indien in der oberen Mittelklasse, das heißt, das Land fällt in die dritte der sechs Risikokategorien der DEG.

Weltbank Kredit für Kohlebergbau

Die Weltbank hat einen Kredit über 60 Millionen US-Dollar für die Verbesserung des Umweltschutzes und der sozialen Situation von Minenarbeitern im Kohlebergbau zwar im Grundsatz bewilligt, doch die 40 Millionen US-Dollar, die davon für Anschaffung moderner Technologien vorgesehen sind, werden von der Bank vorerst zurückgehalten. Die Kreditbedingungen sehen vor, die Auszahlung des Betrages über fünf Jahre zu verteilen, und die Zinsrate beträgt ein Prozent bei einer Rückzahlungsfrist von 30 Jahren. Das Projekt zielt auf die Modernisierung von 25 ausgewählten Bergbaubetrieben. Schwerpunkte liegen im Bereich der sozialen Rehabilitation und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bergarbeiter.

Hungerstreik beendet

Mit einem Hungerstreik hat der bekannte Umweltaktivist und Mitbegründer der 'Chipko'-Bewegung, Sunderlal Bahuguna, kurz vor dem Ausbruch des Monsuns, noch einmal seine Proteste gegen den umstrittenen Tehri-Staudamm verstärkt. In diesem Jahr drohen zum ersten Mal Teilüberflutungen von Dörfern im Bereich des zukünftigen Stausees. Die Landesregierung hat schon im März die lokalen Behörden angewiesen, Schulen und Verwaltungen in das 27 Kilometer entfernte "New Tehri" zu verlegen. Der Tehri-Damm wird mit einer Höhe von über 260 Metern einer der größten Staudämme der Erde und soll nach seiner Fertigstellung 2.400 Megawatt Strom produzieren. Die von Bahuguna angeführte 'Himalaya Bachao Andolan' (Bewegung zur Rettung des Himalaya) weist immer wieder darauf hin, daß der Damm in einem seismisch sensiblen Gebiet errichtet würde. Bei der nicht unwahrscheinlichen Zerstörung des Damms durch ein Erdbeben, so die Dammgegner, drohe eine Welle der Verwüstung, die Städte wie Rishikesh und Haridwar vernichten könne. Wird diese Möglichkeit auch von den Dammbefürwortern abgestritten, so ist jedoch sicher, daß durch den entstehenden Stausee 22 Dörfer komplett und über 100 Dörfer zumindest teilweise überflutet werden. In diesem Monsun sind etwa 5.200 Familien, für die bis Ende Juni noch immer kein Evakuierungsplan vorlag, von der Überflutung bedroht.

Bahuguna hatte im April seinen Hungerstreik als Buße dafür begonnen, daß er einen früheren Hungerstreik abgebrochen habe, weil er dem Wort Narasimha Raos vertraut habe, eine unabhängige Expertenkommission würde den Staudammbau noch einmal überprüfen. Kaum hatte er die Regierungsgeschäfte übernommen, hat nun auch der neue Premierminister Gowda ein ähnliches Versprechen abgegeben, woraufhin Bahuguna am 75. Tag seines Hungerstreiks diesen beendete. Ob und inwieweit Gowda sich an dieses Versprechen halten wird, bleibt abwarten. Kritiker nehmen ihm sein Engagement für die Umwelt nicht ab - insbesondere, nachdem er kurz nach seiner Amtsübernahme die bekannte Umweltschützerin und -aktivistin Maneka Gandhi aus der 'Janata Dal' hat ausschließen lassen, weil diese sich unter anderem kritisch über seine Umweltpolitik in Karnataka geäußert hatte.

Gewalttätige Auseinandersetzungen

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Prozessionsmitgliedern kam es anlässlich des muslimischen Muharram-Festes in Calcutta.

Die Unruhen brachen aus, als einige Prozessionsteilnehmer versuchten, von der vorgeschriebenen Prozessionsroute abzuweichen. Die Polizei setzte nicht nur Schlagstöcke ein, sondern schoß in die Menge, wodurch mindestens zwei Personen den Tod fanden.

Geiselschicksal

Seit über einem Jahr zieht sich bereits das Drama um die entführte Geisel Dirk Hasert aus Erfurt und seine drei Leidensgenossen hin. Das letzte sichere Lebenszeichen liegt Monate zurück. Mitte Mai behauptete ein festgenommener Militanter, daß die Geiseln bereits im Dezember getötet und in der Nähe des Ortes Antatnag begraben worden seien. Die Suche nach den Leichen verlief allerdings ergebnislos.

Zum Jahrestag haben sich Bundeskanzler Kohl und die Regierungschefs der USA, Großbritanniens und Norwegens an die Entführer gewandt. Die Appelle verhallten ungehört, wie zuvor die Aufrufe von Außenminister Kinkel und anderer Persönlichkeiten. Professoren und Studenten der Fachhochschule, an der Dirk Hasert studiert hat, haben Appelle verbreitet. Die Hurriyet-Konferenz rief zu einem Generalstreik auf.

Auch drei Bundestagsabgeordnete aus Thüringen haben sich eingeschaltet. Anfang Juli ist die Gruppe unter Leitung von Vera Lengsfeld (Bündnis 90/Grüne) zunächst nach Pakistan gereist und mit Benazir Bhutto zusammengetroffen. Bhutto hat die Entführung als ein Verbrechen bezeichnet, das dem Freiheitskampf in Kashmir großen Schaden zugefügt habe. Anschließend führten die Abgeordneten Gespräche mit Regierungsvertretern in Delhi und Srinagar. Von ihrer Reise, die Frau Lengsfeld sehr presswirksam inszenierte, wollte sie mit einem sicheren Lebenszeichen der Geiseln heimkehren.

Dieser Anspruch ist sicherlich etwas zu hoch gegriffen. Zwar verkündete sie bereits nach zwei Tagen im Sat 1 Frühstücksfernsehen, die Geiseln lebten noch. Einheimische hätten die Entführten in den Bergen gesehen. Derartige Meldungen gibt es aber seit Monaten, ohne daß sie überprüfbar wären. Vor Beginn der Reise meinte Frau Lengsfeld, sie wolle "da mal klar machen, daß es in Deutschland ganz viele Leute gibt, die den Fall gelöst haben wollen, und daß die Geiseln nicht vergessen sind." Anregungen zu einer Befriedung oder gar politischen Lösung des Kashmir-Konfliktes hat sie jedoch nicht. Auch in ihrer nächsten Umgebung wird deshalb eingeräumt, daß die ganze Reise hauptsächlich der Publicity diene.